

General-Anzeiger

123

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Schriftleitung: W. Rathenaustr. 50
..... Bernsprecher Nr. 7000-7007

Hauptgeschäftsstelle u. Schriftleitung: Reinerweg 57
..... Bernsprecher Nr. 714 und Nr. 4997

Beilagen: Westdeutsche Illustrierte Zeitung - Das Technische Blatt - Westdeutsche Sport-Zeitung - Für unsere Frauen - Haus, Hof und Garten.

Ausgabenpreise: für 1 mm Höhe (26 mm breit) 15 Pfennig, private Familienanzeigen
und Stellenangebote 10 Pfennig. - Kleinanzeigen für 1 mm (26 mm breit) 60 Pfennig. -
Anzeigenentwürfe sind sofort nach Empfang ohne Abzug zu geben. (Vollständiger
Konting. Amt Köln 3262 B. Straßburg, Gültigkeit Elberfeld.) - Erstattungszeit in Elberfeld

Berlin 1926
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Unter den Linden 60
Bernsprecher: Amt Zentrum Nr. 16428, 13629 und 974

Druck: wochentlich. - Verkaufspreis halbjährlich 1 Reichsmark. - Für Aufnahme
von Anzeigen an bestimmten Tagen u. für jeden Anzeigentag wird keine Gebühr
abgenommen. Bei Einnahme durch andere Stellen oder durch andere Verlage wird keine
Verkaufsgebühr erhoben. - Anzeigen werden nur zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt.

Nr. 69 - 40. Jahrgang.

Dienstag den 23. März 1926

Einzelpreis 15 Pfennig.

Stressemanns Winke an die Gegenseite.

GA. Berlin, 22. März. (Eig. Drahtb.) Die Rede Stressemanns hat nicht den durchschlagenden Erfolg erzielt, den man vielleicht erwartet hat. Den Parteien war im wesentlichen der Inhalt seiner Ausführungen bekannt und ist schon vorher der Kritik unterzogen worden, so daß eigentlich nur die starke Vertiefung der Locarno-Politik so etwas wie Überraschung auslöste. Da Stressemann gewarnt war, über eine Reihe von Vorgängen in Genf aus diplomatischen und tatsächlichen Gründen zu schweigen, erübrigt es sich, jetzt nach Schluß der großen Auseinandersetzung noch näher darauf einzugehen.

Der Außenminister hat sich mit großer Energie für die Locarno-Vorgänge eingesetzt und seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß die anderen Mächte trotz des peinlichen Ausgangs von Genf nicht nur als in Kraft befindlich betrachten, sondern "weiter entwickeln" wollen. Dieser hat Stressemann nicht darauf hingewiesen, daß es einigermassen erstaunlich war, zu sehen, daß einige der Locarno-Mächte vor Genf Verhandlungen über eine Erweiterung des Rates geführt haben, ohne es für nötig zu halten, Deutschland daran zu beteiligen oder wenigstens über das Ergebnis zu unterrichten. Irland bestritt zwar, daß es irgendwelche Verbindungen an Polen übernommen habe, aber Locarno wie Locarno haben beide erklärt, daß Frankreichs Wort "verbindlich" sei, und was schließlich für ein Unterschied zwischen dem später von Irland geprägten Wort von dem "Versprechen", das es Polen gegeben habe, und Verpflichtung besteht, das ist doch nur eine theoretische Angelegenheit. Praktisch liegen die Dinge so, daß Frankreich mit Verweis auf den polnischen Ratifizierungsprozeß hat, also sich doch wohl durch sein Versprechen gebunden fühlte. Das stimmt nicht ganz mit dem Locarno-Geist überein. Um so weniger hat Deutschland einen Anlaß, die grobmißliche Locarno-Gestalt der anderen zu begrüßen. Das Interesse am Fortbestehen der Locarno-Vergänge ist nicht einseitig. Deutschland, Frankreich und England sind mindestens in gleichem Maße daran interessiert. England ist dadurch dem ihm mehr als unangenehmen Genfer Protokoll entronnen. Frankreich hat dadurch den Sicherheitsvertrag für seine Ostgrenzen bekommen, also einen der wichtigsten Teile des von ihm gewünschten Genfer Protokolls. Die Gegenseite an Deutschland war bisher wenig, denn sie besteht im wesentlichen in der Erfüllung vertraglicher Rechte, auf die Deutschland lange genug gewartet hat.

Die Rede Dr. Stressemanns ist also wohl nur so zu verstehen, daß er erwartet und positive Ansichten dafür hat, daß man in Paris und London nach dem Genfer Mißerfolg mit dem "Weiterentwickeln" ernst macht und die in Genf gemachten tabunachenden Andeutungen, die Irland in seiner Ausrede mit den deutschen Pressevertretern, allerdings nur sehr vorsichtig, umfänglich, ebenso behandelt, wie das "Versprechen" an Polen. Wenn Stressemann seine Rede hielt, um die Gegenseite an alles das zu erinnern, dann war sie nicht überflüssig, sondern ein Akt der diplomatischen Klugheit.

Eine schwere Beschuldigung Chamberlains.

Er wußte schon lange von Brasiliens Bet.

GA. London, 22. März. (Eig. Drahtb.) In einer heute abend im Unterhause abgehaltenen Kabinettsitzung berichtete Chamberlain über die Ereignisse in Genf, die zur Vertagung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geführt haben. Daraus ergibt sich das Kabinetts über die Erklärung, die Chamberlain morgen im Unterhause abgeben wird. Der Evening Standard schreibt: Die morgige Debatte wird sich vor allem auf die Frage erstrecken, warum die Regierung, da doch das Foreign Office bereits drei Wochen vor der Genfer Konferenz unterrichtet gewesen ist, daß Brasilien sein Veto gegen Deutschlands Zulassung einlegen werde, Chamberlain gehandelt habe, sich nach Genf zu begeben, obwohl sie genau wußte, daß Deutschlands Zulassung nicht erfolgen werde.

Der „mitteleuropäische Locarno-Geist“ Schiedsverhandlungen Österreichs mit Südslawien, Polen und Rumänien.

WTB. Wien, 23. März. (Kunstsprache) Wie die Wiener Neuesten Nachrichten melden, hatte der südslawische Gesandte in Wien gestern eine längere Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Raab, in der die Vorbereitungen zu Verhandlungen über einen südslawisch-österreichischen Schiedsvertrag und ein Besuch des südslawischen Außenministers in Wien zum Abschluß dieses Vertrages erörtert wurden.

Nach der „Reichspost“ ist auch ein offizieller Besuch des polnischen Außenministers bei der österreichischen Regierung zur Einleitung von Verhandlungen über einen polnisch-österreichischen Schiedsvertrag geplant. Auch auf Seiten Rumaniens soll die Absicht bestehen, zu einem Schiedsabkommen mit Österreich zu gelangen.

Die Verhandlungen sollen in Belgrad unmittelbar nach Ostern begonnen werden. Der Vertrag soll bereits zu Beginn der zweiten Aprilhälfte unterzeichnet werden. Bei den Besprechungen in Genf wurde vereinbart, daß die Unterzeichnung des Vertrages in Wien stattfindet.

Scharfe Kritik an Genf im amerikanischen Senat.

Senator Borah verurteilt die Geheimpolitik.

GA. New York, 22. März. (Eig. Drahtb.) In der heutigen Senatsdebatte erklärte der Demokrat Harrison, Doughton müsse sofort abberufen werden. Die Regierung Coolidge treibe mit dem Völkerbund ein Karrenspiel. Harrison hob die Mitteilung Doughtons über die Genfer Abrüstungskommission, die er wegen der europäischen Gegenlage als Mißerfolg verurteilte, hervor. Weiter betonte Harrison, daß Coolidge und Kellogg schäblich nichts dagegen gehabt hätten, daß Doughtons Mitteilungen weitergegeben wurden. Coolidge wüßte eine eigene Abrüstungskonferenz vor dem November einzuberufen. Demgegenüber erklärte der Republikaner Rodes, daß der Bericht Doughtons über den Völkerbund und die Tatsachen entspräche. Auch der Senator Borah erklärte im Verlaufe der Debatte, daß die Mitteilungen Doughtons auf Wahrheit beruhten.

TV. Washington, 23. März. (Kunstsprache) Senator Borah hat sich in seiner gestern viel beachteten Rede im Senat sehr eingehend mit den Genfer Vorgängen befaßt. Er wies besonders darauf hin, daß ein Teil der Vorgänge noch nicht enthüllt worden sei, aber es sei bereits genug bekannt, um die Meinung zu rechtfertigen, daß die öffentlichen Abmachungen in Locarno durch ein Geheimabkommen ersetzt worden seien. Wir wissen, sagte Borah, daß das von den Polen gebrachte öffentliche Opfer durch ein geheimes, zwischen Chamberlain, Briand und Graf Styrzbecht geschlossenes Abkommen bezahlt worden ist. Dieses Abkommen geht dahin, Polen zu einer Großmacht zu erheben, indem es gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Sitz erhält. Alles dies hat sich im Geheimen ereignet, während die ganze Welt über den in Locarno abgeschlossenen Pakt jubilierte. Dann ist der Tag der Be-



Doughton,

der amerikanische Botschafter in London

Sprechung gekommen. Die Interventionen Spaniens und Brasiliens in Genf sind Nebenaktionen gewesen, teilweise Ablenkungsmanöver, teilweise Versuche, im Trüben zu fischen. Es kommt jetzt darauf an, wie Außenminister Chamberlain sein Polen gegebenes Versprechen einlösen wird, ohne den Völkerbund dabei zu zertrümmern.

Das Geheimabkommen von Locarno ist ein Verzug und für die britische und französische Diplomatie sehr unwürdig. Die Deutschen sind völlig unbegreiflich, wenn sie ihr Einverständnis hierzu geben.

Senator Borah erklärte zum Schluß, er glaube nicht, daß eine Abrüstung in Europa herbeigeführt werden könnte, falls die Geheimdiplomatie noch weiterhin angewandt werde, und das System des europäischen Gleichgewichts innerhalb des Völkerbundes wiederhergestellt werde.

Die Parteien zu Stressemanns Rechenschaftsbericht.

Kritik auch aus dem Regierungslager.

Volksparteilicher Zettel.

Die „Köln. Ztg.“ lobt den Zentrumredner

Aus der gestrigen Aussprache ging hervor, daß auch die Deutsche Volkspartei die Politik Stressemanns nicht reiflos billigt. Dem Berliner Korrespondenten der „Köln. Ztg.“ aber scheint der volksparteiliche Redner, Herr v. Rheinbaben, nicht deutlich genug gewesen zu sein, denn der Berichtshörer meint: „Die Ausführungen, die wohl die Mehrheit des deutschen Volkes von dem Reichsminister des Auswärtigen erwartet hatten, kamen zum großen Teil in der Rede des Zentrumsparteilichen Redners zur Geltung.“ Weiter lesen wir in der „Köln. Ztg.“: „Wie früher alles, was Deutschland an außenpolitischen Fehlern beging, dem Schlagwort von der unvollständigen Erfüllungspolitik untergeordnet wurde, so wird jetzt alles, was in Genf an unheilvollen Ereignissen zu verzeichnen war, mit der Notwendigkeit der Politik von Locarno gedeutet. Die und ihre Folgen werden dabei aber nicht so gekennzeichnet, wie sie in Wirklichkeit sind. Ein Beispiel dafür ist die Behauptung (die Stressemann aufstellte), daß die Räumung der ersten Befestigungszone eine Folge der Festschließung von Locarno sei. Abgesehen davon, daß Deutschland einen Rechtsanspruch auf diese Räumung im Januar 1925 hatte, haben sämtliche amtlichen Stellen fest betont, daß die Räumung eine Vorbedingung, aber keine Folge der Festschließung von Locarno sei. Die Räumung der nördlichen Rheinlande ist nur infolge einer Zustimmung des Völkerbundes zu bringen, als die deutsche Regierung nach Abschluß des Vertrages von Locarno um die Räumung zu erreichen, unter das faublinische Joch der letzten Entwaffnungsbedingungen ging, die sie 3 Jahre lang als unannehmbar angesehen hatte. Man muß einen größeren Abstand zu dem Geist von Locarno einnehmen. Unter Wunsch, daß der Reichsminister Dr. Stressemann im außen- und innenpolitischen Interesse die schlechten Ergebnisse, die die deutsche Außenpolitik mit ihren Vertragspartnern von Locarno in der Zwischenzeit gemacht hat, offen und freimütig darlegen möge, hat sich nicht erfüllt. Der Minister hat vielmehr versucht, einen großen Erfolg der deutschen Abordnung in Genf nachzuweisen, die aber doch nach einem tapferen Kampf in ein Kompromiß einmündete, das den englisch-französischen Wünschen zugunsten Polens zu einem Erfolge verhalf.“ Die Deutschen nationalsten Kreise in der Opposition eine gewisse Zurückhaltung. Kritisch forderte ihr Sprecher, der Graf Westarp, den Rücktritt der beiden für Genf verantwortlichen Minister, mit der Begründung, daß ihre Locarno-Politik gescheitert sei. Die Opposition folgte damit der Fühne, die ihr Dr. Stressemann in seiner Rede vorgezeichnet hatte. Wenn die Regierung nach den geringen Erfolgen der Locarno-Politik zwischen Locarno und Genf den Hauptwert auf diese Politik legt, dann muß sie sich gefallen lassen, daß die Opposition an dieser Politik eine noch schärfere Kritik übt als es mitten aus dem Reigen der Regierungsparteien, vom Zentrum, geschehen war.“

Die Aussprache.

Im Reichstag führte nach den bereits mitgeteilten Auslassungen

Abg. Graf Westarp (Dnall.)

Weiter aus: Wir haben an der Kölner Befreiungsfeier heraldischen Anteil genommen, aber wir wollen nicht verkennen, daß die Räumung Kölns ein sehr unglücklicher Vorfall war, das uns viel zu lange vorhalten wurde. Wir müssen entschieden den Versuch zurückweisen, den Ausgang der Genfer Verhandlungen als einen Erfolg Deutschlands hinzustellen. Wir haben trotz dieser Fehler die Politik, welche die Ratschläge von Genf zu tragen, (Zustimmung rechts.) Und selbst für die Auffassung des Außenministers jedes Verständnis. Mit Empörung erfüllt uns, was Deutschland in Genf zugefügt worden ist. Als eine Demütigung empfinden wir es, daß die deutschen Unterhändler zehn Tage lang in Genf warten und dann unverrichteter Sache wieder abziehen mußten. Das der Minister des Auswärtigen Dr. Stressemann mit den Memoranden vom September 1924 und Februar 1925 die Politik von Locarno, London und Genf eingeleitet und gefördert betrieben, so ist der Reichsminister Dr. Luther Träger der gleichen Politik. Jeden Versuch, das Schicksal und die Verantwortung der beiden Herren zu trennen, lehnen wir ab. Wir sehen in Genf einen vollen Zusammenbruch, einen für Deutschland schwerwiegenden Mißerfolg der Völkerbundspolitik Luther-Stressemann. (Beifall rechts.) Barmen: Stimmen in der Presse wurden in der Begeiste-

rung über Locarno überhört. Schon am 23. November hat mein Freund Wallraf die wachsende Frage an die Regierung gerichtet, ob es richtig sei, daß Polen gleichzeitig mit Deutschlands Eintritt einen Ratifizierungsvertrag erhalten sollte. Er blieb ohne Antwort. Jetzt haben beide Herren wiederholt betont, daß sie von den Verhandlungen über den Ratifizierungsvertrag für Polen erst nach dem Abgang des deutschen Ausnahmeständes Kenntnis erhalten haben, und zwar auch dann erst durch die Presse. (Hört, hört! rechts.) Treulos und feindselig haben die anderen Mächte an Deutschland gehandelt. Es ist ein unglücklicher Fehler, wenn darauf hingewiesen wird, daß bei der jetzt in Aussicht genommenen Regelung des Zahlenverhältnisses zwischen den Mächtegruppen im Rat nicht geändert werde. Zu Polens geschichtlicher Ueberlieferung gehört maßlose Selbstüberhebung und Feindschaft gegen deutsches Wesen. (Zustimmung rechts.) Wenn Polen, das seine deutschen Minderheiten brutal wie faum ein anderer Staat misshandelt und darin Herrn Wallraf zum Nachschub, das zudem häufig das deutsche Land bedroht, ein Einspruchsrecht hat, so werden dadurch Deutschlands an sich schon so geringe Möglichkeiten, die Minderheiten zu schützen, auf den Nullpunkt gebracht. Wir müssen es daher mißbilligen, daß die Herren Luther und Stressemann in ihrem Streben, die einmal eingeschlagene Politik in Genf irgendwie zum Ziele zu führen, den Widerspruch gegen den polnischen Ratifizierungsvertrag erhalten haben, und wir fordern, daß Deutschland im Herbst den Eintritt Polens in gleicher Form immer ablehnt. (Beifall.)

Es ist nicht richtig, wenn der Reichsminister das Tagesgespräch Brasiliens mit einem von außen kommenden „Naturereignis“ vergleicht, das mit dem Völkerbund und der deutschen Völkerbundpolitik nichts zu tun habe, denn erst durch die Festschließung eines Stilles an Polen sind die anderen Mächte aus der ganzen Welt. Es ist schließlich auch Brasiliens veranlaßt worden, in den Streit um die Ratifizierung einzutreten. Zudem kann doch gar nicht übersehen werden, daß auch Brasiliens Mitalien und maßgebender Faktor des Völkerbundes ist, und wenn es als Mitglied des Rates in der Lage ist, durch seinen Wortbruch Deutschlands Eintritt zum mindesten so lange zu verzögern, bis es zu Ende September hinausgeschoben wird, so liegt das daran, daß der Völkerbund auch denjenigen südpazifischen Staaten maßgebenden Einfluß im Rat eingeräumt hat, deren Teilnahme an dem gegen Deutschland entsetzten Völkerbundkrieg um so unbegreiflicher und um so feindseliger war, als Deutschland sie niemals dösstwillig oder durch sein bloßes Dasein irgendwie geschädigt, ihnen vielmehr nur materielle und kulturelle Vorteile zugefügt hat. Auch die Niederlage und Demütigung, die für Deutschland aus Brasiliens Wortbruch erwachsen ist, müssen wir also auf das schon so schwer belastete Konto des Völkerbundes selbst schreiben. Die deutschen Unterhändler aber hätten es nicht durch jähenartige Barten und Nachgeben zu solchem Schläge gegen Deutschland kommen lassen sollen. Sie glauben, daß die durch diese Verhandlungen angeknüpften politischen und persönlichen Beziehungen mit den Vertretern aller Welt dem deutschen Einfluß neue Bahnen öffnen werde. Und ist dieser Eindruck unbefähigt. (Zustimmung rechts.) Nicht neue Freundschaften sehen wir aufkommen, sondern neue Feindschaften, die Deutschland daraus erwachsen sind oder erwachsen werden, daß es in den Streit um die Ratifizierung hineingezogen ist und werden soll. Von der Reichsregierung hört man aber nur Worte, Worte, Worte! Von den Rückwirkungen von Locarno hat man nichts bemerkt. Auf allen Gebieten sind die Voraussetzungen und Bedingungen der Locarno- und Völkerbundpolitik nicht eingetroffen. Es kann nicht überraschen, wenn wir die deutschen Vertreter nicht aus ihrer Verantwortung entlassen können. Der im Kommuniqué ausgesprochene Entschluß, das Friedenswerk von Locarno aufrecht zu erhalten, verschleierte den juristischen Tatbestand. Das Inkrafttreten der fünf Londoner Verträge ist von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund abhängig gemacht, und nur in dieser Fassung hat der Reichstag sie zum Gesetz erhoben. Sie bestehen also noch nicht mit rechtlicher Wirkung, und die deutsche Regierung ist durch dieses Gesetz nur ermächtigt, nicht verpflichtet, sie durch den Eintritt in den Völkerbund in Kraft zu setzen. Deutschlands Handlungsfreiheit für die kommenden Verhandlungen ist immer noch gewahrt und muß gewahrt bleiben. Die fünftägige Gefangenschaft des Völkerbundes

des steht noch ganz im Dunkeln. Darum dürfen Deutschlands Entschlüsse für die Septembertagung noch nicht festgelegt werden. Wir erheben auch entschieden Einspruch gegen jede Beteiligung an dem Studienauschuss für die Ratifizierung. Eine rechtliche Bindung, den Eintritt zu vollziehen, kann für Deutschland nicht in Frage kommen. Somit ist auch die deutsche Regierung politisch nicht gebunden. Wohl aber besorgen wir, daß die beiden deutschen Vertreter mit dem Kommuniqué sich selbst politisch in einem Maße gebunden haben, das die dringend erforderliche Freiheit des Entschlusses und des Handelns für sie in verhängnisvoller Weise einschränken muß. Wir sehen in der Katastrophe von Genf nur Fehlschläge der Locarno- und Völkerverbundpolitik, nur Enttäuschungen und Demütigungen Deutschlands. Wir meinen, daß Staatsmänner, die einen solchen Zusammenbruch ihrer persönlichen Politik erlebt haben, für deren Fortführung nicht mehr geeignet sind. Wir hatten erwartet, daß der Reichskanzler wie im Januar so auch heute nicht die Hintertreppe absteigender Miktrandenanträge oder einer bloß scheinbaren Billigung bedürftig wäre. Der in Aussicht gestellte Billigungsantrag entspricht dieser Erwartung nicht. Unsere weiteren Beschlüsse machen wir von dem Verlauf der Aussprache abhängig. Wir sind durch die Ergebnisse von Genf noch darin bestärkt worden, daß der Weg in den Völkerverbund hinein ein falscher Weg ist.

Deshalb beantragen wir die Zurücknahme des deutschen Eintrittsgefühls. Wir wollen mindestens mit unserem Antrag die Stellung der deutschen Unterhändler klären. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Raab (Zentr.):

Der Völkerverbundgedanke hat in Genf einen Rückschlag erlitten durch die Schuld der, die den Geist von Locarno am meisten im Munde geführt, aber teils durch Schwäche, teils durch Eigennutz bei der ersten größeren Gelegenheit verlagert haben, wo es galt, diesen Schritt in die Tat umzusetzen. (Sehr wahr.) Durch die Grabrede, die Graf Hertsp am Grab der Genfer Konferenz hielt, kam ein Unterton der Verleumdung, die die nationalpolitische Presse des Auslandes erfüllt. Man muß vor solcher Verleumdung vom deutschen Standpunkt aus dringend warnen. Diese Warnung ist durchaus begründet, wenn man, wie Lordie und Vincare, aus dem Genfer Miktraden die Hoffnung schöpft, daß die Zeit für ihre Machtpolitik bald wiederkehren werde. Wir wehren uns dagegen, daß man den Genfer Miktraden vornehm umdeutet in ein Mandat des Völkerverbundes. Die Staatsmänner der Entente haben den Miktraden von Genf verschuldet. Die deutsche Politik hat sich in Locarno und nach Locarno immer besser gezeigt von wahrhaftem, christlichem Geist europäischer Verständigung, Friede und Chamberlain sind heute im Gegensatz zu der Zeit von Locarno der Gegenstand händigen Miktraden und Zweifels. Die andere Ursache des Genfer Miktraden ist, daß man in Locarno hinter Deutschlands Rücken mit Polen heimliche Handabrede machte und ihm einen Eid im Völkerverbund zusagte. Diese fragwürdigen Kulissenhandlungen haben in heimlichem Gegensatz zu den Versicherungen, mit denen man sich leidet auf den Geist von Locarno festgelegt hat. Irland und Chamberlain haben sich nur aus Schwäche so gehalten. Aber es gibt Zeiten, in denen Schwäche und Nachgiebigkeit zur tragischen Schuld und Verantwortlichkeit werden.

Abg. Freier von Rheinbaben (D. Sp.):

Billigte die Haltung der deutschen Delegation in Genf und sagte: Es war auch gewöhnlich, daß das Kommuniqué über die Fortsetzung der Locarno-Politik unmittelbar nach dem Scheitern der Genfer Konferenz herausgegeben wurde. Wir haben auch ein deutsches Interesse daran, daß die Locarno-Verräge bald rechtlich bindende Kraft erlangen. Diese Verräge sind ein Stück des Befreiungskampfes, den Deutschland führt. Die grundsätzliche Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerverbund haben auch die Deutschnationalen im vorigen Jahre erklärt. Damit ist die heutige Rede des Abg. Graf Hertsp schlecht zu vereinbaren. Wenn wir bei der Rede nach Genf die politische Frage aufgeworfen hätten, so wäre der Eindruck doch wohl kaum anders als jetzt. Die Unethik und die Unvollständigkeit unserer Gegner in Genf waren vorhanden und konnten von uns nicht mit gleichen Mitteln überbunden werden. Ich habe den Herrn Minister des Auswärtigen wohl richtig dahin verstanden, daß eine offizielle Zustimmung der deutschen Delegation zu einem Austausch der Sätze Schwedens und der Tschechoslowakei mit Holland und Polen nicht vorliegt. Ich würde einen solchen Austausch auch nicht für eine politische Lösung halten. Eine freiwillige Zustimmung Deutschlands dazu, daß Polen, das Deutschland gegenüber sich niemals auf den Reichsstandpunkt stellt, in den Krieg käme, wäre eine außerordentlich schwere Belastung des Vaterlands. Denks des Deutschen Reiches. Wir haben dem Völkerverbund gegenüber also jetzt freie Hand. Wir müssen unsere Haltung ganz von der Haltung der anderen Mächte abhängig machen. Wir treten dieser ganzen Entwicklung durchaus abwartend gegenüber. Wenn Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund überhaupt noch einmal in Frage kommt, dann nur nach festen Sicherungen gegen eine Wiederholung solcher Dinge, wie sie in Genf vorlägen. Auch wir hätten den Völkerverbund in seiner jetzigen Form für einen Fortschritt Scheinbeteiligung und der Äußerungen. Die jetzige Völkerverbundmethode ist immer noch eine Folge der alten Krisispropaganda gegen die Deutschen. Um diesen Zustand zu ändern, müssen wir gerade hinein in den Völkerverbund, denn wir dürfen dem Kampf um unsere Stellung nicht schwach und feige ausweichen. (Beifall.)

Abg. Söller (D. P.):

verurteilte das Verhalten der deutschen Delegation in Genf und warnte vor dem Eintritt in den Völkerverbund. Er schrie aus: Genf war der Punkt vom Hause Chamberlains für die vielen selbstlichen Angelegenheiten Deutschlands.

Herr Stresemann ist in Genf von Chamberlain jämmerlich belogen und betrogen worden. Der Völkerverbund hat sich wieder als ein Machtinstrument der Entente gegen die schwächeren Staaten und gegen Selbstbestimmung erwiesen. Die Arbeitermassen sehen mit Betrübnis nach Genf, mit Sympathie nach Moskau. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Graf von Bernstorff (Dem.):

Die Lautlosigkeit der deutschen Außenpolitik kann nur das Streben nach der Völkerverbundigung sein. Selbst wenn wir kriegslustig wären, könnten wir ja keinen Krieg führen. Wir danken dem Minister dafür, daß er die Ziele seiner Außenpolitik bis 1919 zurückführt, also auch bis zur Politik unseres Freundes Rathenau. Von einer deutschen Niederlage in Genf kann man nicht reden. Der Völkerverbund hat allerdings eine Niederlage erlitten und ist in eine schwere Krise geraten. Eine Reform des Völkerverbundes liegt gerade im deutschen Interesse. Wenn der Völkerverbund nicht wäre, würde sich England viel leichter von den europäischen Angelegenheiten zurückziehen, und es könnten die Vereinigten Staaten von Europa entstehen, aber in einer Form, wie sie Napoleon I. plante, und wie wir dies für Deutschland nicht gebührend können. Der Völkerverbund war bisher gefährlich als Machtinstrument der Siegermächte. Das würde sich aber nach dem Eintritt Deutschlands ändern. Darum wollen wir auch die deutsche Mitwirkung an der Reform der Völkerverbundungen. In der Frage der Reform ist nicht ein Vertragbruch begangen worden. Ebenso von Brasilien ein Wortbruch. Das ist gar nicht deutlich genug betont worden den Ländern gegenüber, die so oft betont haben, daß sie in den Kampf gegen Deutschland gezogen sind für die Heiligkeit der Verräge. Wir haben bisher wenig gesehen von der höheren Moral, die die Länder immer uns gegenüber für sich in Anspruch nehmen. Deutschland kann aber in seinem eigentlichen Interesse nicht von der Verhandlungspolitik abgehen, die den Eintritt in den Völkerverbund notwendig macht. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Bredt (Wirtsch. Ver.):

Wir haben dem Völkerverbund von Locarno nicht sympathisch gegenübergestanden. Wir sind nicht einverstanden gewesen mit dem sofortigen Eintritt in den Völkerverbund und trafen uns darin mit der Haltung der Deutschnationalen. Wir haben die größten Bedenken gegen eine deutsche Beteiligung an der Kommission zur Herbeiführung der Völkerverbundungen. Dem Reichskanzler trauen wir zu, daß er in die Kommission geht und uns wieder vor fertige Tatsachen stellt wie in Locarno, wo es auch mit einer harmlosen Kommission angeht. Wir hätten unter seinen Umständen damit einverstanden sein, daß die Bestimmung der Einkünfte der Völkerverbundung aufgehoben wird. Deutschland muß jetzt abwarten, wie der Völkerverbund seiner inneren Schwierigkeiten Herr wird. Ein Eintritt kann erst in Frage kommen, wenn wir wissen, wie der Völkerverbund sich weiter entwickelt.

Abg. Graf von Zerkow (Vaterl. Sp.):

Das Ergebnis von Genf ist ein schwerer Schlag für alle beteiligten Staatsmänner und auch für den Völkerverbund. Es wurde dort die angeblich längst überwundene alte Politik der Sonderinteressen und Intrigen weiterverfolgt. Bei dem ersten Auftreten von Meinungsverschiedenheiten hätte man seilich und räumlich getrennt von Genf eine Vereinigung versuchen sollen. Es bleibt noch zweifelhaft, ob nicht hinter Brasilien eine europäische Macht gestanden hat. Die Herren Luther und Stresemann sind etwas so optimistisch gewesen. Wenn die bayerische Volkspartei trotz dieses Mißerfolges der Billigungsformel zustimmt, so tut sie es, weil sie die Fortsetzung der Außenpolitik wünscht, deren Ziele sind: Los von Versailles auf friedlichem Wege, Herstellung und Wahrung von Freiheit und Gerechtigkeit, Ausmerzung des Ausdrucks, Befestigung und unter-

stützte Völker. Wenn die Regierung zum zweiten Male nach Genf geht, so müssen wir verlangen, daß die Bilder der ersten Konferenz nicht wiederholen. Die Vereinigten Staaten von Europa sehen wir ab.

Fortsetzung der Aussprache.

Die Dienstagssitzung.

11. Berlin, 23. März. (Huntzpr.) Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Regierungssitze sind zu Beginn der Sitzung leer. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 11.20 und kündigt eine Abend Sitzung an, wenn die Tagesordnung bis 7 Uhr nicht erledigt ist. Die große politische Aussprache wird dann fortgesetzt.

Als erster Redner erhält das Wort

Abg. Graf von Bernstorff (D.).

Er bedauert das geringe Interesse des Hauses an den großen außenpolitischen Fragen. Mit einer gewissen Jagheit sei er zur Tribüne geschritten, denn Luther und Stresemann seien außerordentlich streitbare Männer und zu Gewalttätigkeiten geneigt. Man wisse nicht, ob der Saal des Präsidenten ausreiche. (Heiterkeit.) Der Redner sei besonders zu fürchten. Vielleicht täten die Herren gut daran, auch äußerlich ihre Streitbarkeit dadurch zu dokumentieren, daß sie in Reichsbanneruniform erschienen. (Erneute Heiterkeit.) Der Redner bespricht dann die Vorgänge in Genf und fordert Zurückziehung des Aufnahmeforschusses für den Völkerverbund. Von dem Völkerverbund gelte das Wort: „Du Bund, du bist nicht gesund.“ Der Redner empfiehlt dann eine Verständigung mit England. Für die Regierung gelte das umgewandelte Wort Goethes: „Nimmer sich beugen, betriebam sich zeigen, führt die Arme der Mehrheit herbei.“

Es kommt dann zu einem

erregten Zwischenfall.

Da die Regierungsbänke immer noch völlig leer sind, beantragte Abgeordneter v. Graefe, die Sitzung auszusparen, bis die derzeitige Regierung anwesend sei. (Heiterkeit.) Die Regierung sei wohl gewohnt, zu antisemitischen, aber das Haus müsse verlangen, daß auch die Diskussionsredner angehört würden. (Heiterkeit rechts.)

Präsident Lobe erklärt, es sei natürlich unerwünscht, daß bei einer so wichtigen Debatte die Regierungsbänke völlig leer seien. Das scheint nicht ein Zufall zu sein, sondern eine Absicht, weil bei vorherigen Debatten die parteibeflissenen Redner sich schwere Beleidigungen der Regierungsmitglieder hätten zuschulden kommen lassen. In einer Debatte sei der Abgeordnete Henning aus dem Saale gewiesen worden, und auch gestern habe der Abgeordnete v. Graefe einen Ordnungsruf erhalten. Es scheint also, daß die bürgerliche Fraktion selbst in der Lage sei, diesen Zustand zu ändern, in dem sie sich den parlamentarischen Sitten füge. (Zustimmung in der Mitte und links, Gelächter und erregte Zwischenrufe der Volkskassen.)

Der Antrag auf Aussetzung der Sitzung wird darauf gegen die Volkskassen, die Deutschnationalen und die Kommunisten abgelehnt.

Unter großer Unruhe nimmt dann

Abg. Breitheid (Soz.)

das Wort. Als er die einleitenden Sätze gesprochen hat, erschienen Dr. Stresemann und Dr. Kälz im Sitzungssaal und werden von den Deutschnationalen und Volkskassen mit stürmischem Hallo begrüßt, worauf die Regierungsparteien mit handeltatschen antworten. Allmählich wird es wieder ruhig und Dr. Breitheid legt seine Rede fort. Er erklärt, er hätte das Bedauern der Volkskassen wegen der Abwesenheit der Regierung wohl verstanden, denn es wäre Tadelspflicht der Regierung gewesen, die merkwürdige Begründung für das bürgerliche Vertrauensvotum anzuhören.

Die Sozialdemokraten, so erklärt Breitheid weiter, könnten die jetzige Außenpolitik im wesentlichen billigen, wenn sie der Regierung auch in vielen anderen Fragen in schärfer Opposition gegenüberstünden. Vielen Deutschnationalen sei der Ausgang der

Genfer Verhandlungen nur deshalb so unangenehm, weil er der Deutschnationalen Volkspartei die Möglichkeit genommen habe, in nächster Zeit wieder in die Regierung hineinzugehen. Es sei unerhört, daß die bayerische Staatszeitung gegen die Politik der Regierung geschrieben habe. Der Völkerverbund sei kein Ideal, sondern nur eine Brücke, um über die Gefahren der nächsten Zeit hinwegzukommen.

Der Präsident teilt mit, daß die Regierungsparteien beantragen, über das bürgerliche „Vertrauensvotum“ zur Tagesordnung überzugehen.

Tag von Leipzig (D.).

Wirft die Frage auf, ob die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beschlagnahmten Form fortgeführt werden dürfe. Es liege in der Verantwortung eine Entscheidung für die Zukunft des Deutschlands überhaupt. Deshalb müsse die dringende Bitte an alle Parteien gerichtet werden, einmal den inneren Parteipunkt zurückzustellen und nur das große Gesamtinteresse gelten zu lassen. Die in Locarno und Genf angewandten Methoden seien für Deutschland verhängnisvoll. Man möge die Dinge wenden, wie man wolle, es bleibe eine Niederlage unserer politischen Methoden. Der Redner führt dann weiter aus: „Wir haben die Verantwortung für das Chaos in Genf übernommen und haben uns, wenn nicht juristisch, so doch auf das gefährlichste politisch gebunden. Können wir von diesem Wege nicht ganz unabweisend ab, so geraten wir in völlige Abhängigkeit Frankreichs und seines Anhangs. Die Zurückziehung des Aufnahmeforschusses ist um so notwendiger, als wir gar nicht überlegen können, was alles in der Welt bis zum September geschehen kann. Nur durch deutsches Abtrüden von dem idealen Spiel in Genf werden wir auch der Verfrümmung entgegenwirken können, die wir uns bei sonst wohlwollenden Neutralen dadurch zugezogen haben, daß wir uns unbilligerweise von Frankreich als Rivalen, vor allem gegenüber Spanien und Brasilien haben gebrauchen lassen. Der erste politische Erfolg wird nicht erreicht durch Reichstagsreden. Es kommt darauf an, die Handlungsfreiheit in Wirklichkeit wiederzuerlangen. Hierzu bedarf es eines politischen Aktes, welcher der amtlichen Politik des Reiches die verlorengegangene Bewegungsfreiheit wiedergibt. Reichspräsident und deutsches Volk müssen von der furchtbaren Verantwortung und der Bindung des Genfer Erbes freier werden, um der Zukunft derer willen, die nach uns kommen.“ (Lebhafte Beifall rechts.)

Ein „Vertrauensvotum“ der Volkskassen

Vdr. Berlin, 23. März. (Huntzpr.) Da die Regierungsparteien zur außenpolitischen Debatte kein direktes Vertrauensvotum eingebracht haben, sondern sich auf einen formulierten Billigungsantrag geeinigt haben, haben nun die Volkskassen selbst ein natürlich nicht ernst gemeintes Vertrauensvotum eingebracht, das folgenden Wortlaut hat:

„Indem der Reichstag über alle anderen Anträge, die die Faltung der Reichsregierung, des Reichskanzlers oder des Reichsministers des Auswärtigen betreffen, zur Tagesordnung übergeht, spricht er der Regierung, insbesondere dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen, das Vertrauen aus.“

Wie man aus Äußerungen der Regierungsparteien hört, wird dieser Antrag voraussichtlich durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Hindenburgs Abschied vom Rheinland.

Der Ausklang in Arefeld.

Arefeld, 22. März. (Drahtb.) Um 3.45 Uhr fuhr der Reichspräsident mit Sonderzug von Bonn nach Arefeld ab. Unterwegs hielt der Zug in Ahenb und W-Ladbach, wo die Bürgermeister dieser Städte kurze Begrüßungsansprachen an den Reichspräsidenten richteten.

Um 6.30 Uhr begann die vaterländische Kundgebung im großen Saal der Arefelder Stadhalle. Nach einem Orgelvorspiel sangen die vereinigten Arefelder Männerchor. Die Himmel rühmen des Erigen Ehre“ von Beethoven. Oberbürgermeister Dr. Johannsen erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß im Saal kaum ein einziger sei, der nicht während der Besetzung persönlich Schwere ertragen habe. Die Tage des Leidens seien eine Zeit der Läuterung gewesen. Dank gebühre der Reichsregierung, daß sie alles daran setze, die Rheinlandbesetzung abzurufen und die Abtrünnung aller Völker herbeizuführen.

Reichsminister Braun sprach für die Reichsregierung. Schließlich dankte der Reichspräsident von Hindenburg den Arefeldern und nochmals dem ganzen befreiten Gebiet für die Aufmerksamkeit, die ihm zuteil wurden.

Es folgte ein Abendessen und die Verheilung von Deputierten der Landreise der ersten Zone. Gegen 11 Uhr fuhr der Reichspräsident von Arefeld über Verdingen, wo ebenfalls ein kurzer Aufenthalt mit Begrüßung durch die Stadterwaltung stattfand, nach Berlin zurück.

11. Berlin, 23. März. (Huntzpr.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh 4.9 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Berlin wieder eingetroffen.

Hindenburg und die Arbeitsgemeinschaft der Akademiker.

Vom Borort der Arbeitsgemeinschaft der völkischen Akademikerverbände des deutschen Sprachgebietes (Borort: Vaterländische Vereinigung der Akademiker des Wuppertales) waren folgende Vorstandsmitglieder zu den Begrüßungsfeierlichkeiten in Köln zugezogen: Dr. Hopmann, Dr. Schulz und Dr. Wachs. Die Herren wirkten im Anschluß an die Festlichkeit im „Girgenhof“ dem Reichspräsidenten durch den Staatssekretär Dr. Reikner vorgestellt. Der Reichspräsident erkundigte sich eingehend nach den Zielen, dem Weg und den Arbeitsmethoden der großen deutschen Akademikergemeinschaft und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihr gelungen sei, die Akademiker des gesamten Sprachgebietes zu sammeln und alle Gegensätze innerhalb der eigenen Reihen zu überbrücken. Der Reichspräsident schloß mit den Worten: „Arbeiten Sie so weiter für unser deutsches Vaterland!“

Die Schlußfeier des Akademikertages in Arefeld, die durch die Teilnahme an den Arefelder Feiern, sowie an anderen Feiern, in Köln der Reichspräsidenten würdevoll sein und spielte ihm das Deutschlandbild vor.

Der Kampf um das Steuerkompromiß der Regierung.

Neue Erklärungen des Finanzministers. Ablehnung durch die Sozialdemokraten

GA Berlin, 22. März. (Eig. Drahtber.) Die Steuerfrage hat heute zu einer Zuspitzung im Steueranspruch des Reichstages geführt, die fast härteres Interesse als die ganze außenpolitische Debatte beanspruchte. Die Sozialdemokraten sind mit dem neuen Kompromiß wegen der geringen Herabsetzung der Umsatzsteuer nicht zufrieden. Andererseits machen die Deutschnationalen keine Miene, um diesen allerdings in ihrem Sinne liegenden Abänderung des Kompromisses willen der ganzen Steuerreform zuzustimmen. Die scharfe Opposition gegen das Kabinett Luther, die in der heutigen Rede des Grafen Hertsp zum Ausdruck kam, wird auch in der Innenpolitik weiter verfolgt, und es konnte dann geschehen, daß die Regierung mit der Steuerreform keine Mehrheit im Reichstage findet, wenn die Sozialdemokraten abstimmen und die Deutschnationalen nicht hinzukommen.

11. Berlin, 23. März. Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die endgültige Fassung des Steuerkompromisses endigten gestern Abend mit dem Ergebnis, daß das Kompromiß von den Ausschussmitgliedern der betreffenden Parteien unterzeichnet wurde.

11. Berlin, 23. März. (Huntzpr.) Der Steueranspruch des Reichstages trat heute in die Vernehmung des neuen Kompromißvorschlages der Regierungsparteien ein.

Abg. Herz (Soz.) lehnte die neuen Vorschläge ab. Auch der nächste Redner, Abg. Breuer (Dn.) erhob die härtesten Bedenken.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärte, daß für die Einbringung der Regierungsvorlage der Gesichtspunkt entscheidend gewesen sei, wie man so schnell wie möglich aus der Wirtschaftskrisis herauskommen

konnte. Durch das Kompromiß werde das Ziel der Regierung, der Wirtschaft Erleichterungen zu bringen, keineswegs illusorisch gemacht, wenn es auch nicht in dem Sinne erreicht werden könne, wie es nach dem ursprünglichen Regierungsprogramm vorgeesehen gewesen wäre. Von einer Demolierung des Regierungsprogramms könne man jedenfalls durchaus nicht sprechen. Der Änderungsantrag der Regierungsparteien sei eine Konsequenz der Anpassung des ursprünglichen Regierungsprogramms an die inzwischen tatsächlich eingetretenen Verhältnisse. Nach dem Kompromißprogramm der Regierungsparteien würde für 1923 der Steuerausfall betragen: bei der Umsatzsteuer 276 Millionen, Einkommensteuer 92 Millionen, Biersteuer 45 Millionen, Weinsteuer 50 Millionen, bei der Vermögenssteuer schätzungsweise 35 bis 40 Millionen, zusammen 498 bis 503 Millionen. Für 1927 wäre der Ausfall an Umsatzsteuer 302 Millionen, Einkommensteuer 100 Millionen, Biersteuer 53 Millionen, Vermögenssteuer 35 bis 40 Millionen, zusammen 487 bis 492 Millionen. So ergäbe das Kompromiß dem ursprünglichen Regierungsprogramm gegenüber für 1928 einen Gewinn, der nötig wäre, um die Unterhaltung der ausgesetzten Erwerbslosen durchzuführen zu können. Sollte das infolge einer Besserung der Wirtschaftslage nicht nötig werden, so würde die Möglichkeit zu anderen Steuererleichterungen gegeben sein. Für die Regierung sei es selbstverständlich, daß das Steuerkompromißprogramm ein einheitliches Ganzes bilde. Es könne nicht ein einzelnes Stück herausgehoben und dadurch die ganze Tendenz der Regierung sabotiert werden. Man könne natürlich nicht sagen, daß die Senkung der Umsatzsteuer zu einem bestimmten Termin ganz bestimmte wirtschaftliche Wirkungen haben werde. Das selte aber ebenso für die Senkung auf 0,6 wie auf 1,7 Proz.

Georg & Cie., am alten Posthof, 100 m SW
Friedrichstr. 281, über d. Bräuerat, „ormamin“ bel.

Dienstag, 23. März

Preis pro Paket 10 Pf

[illegible]

Dienstag, 23. März

Vorzüge von MAGGI's Würze: Größte Würzekraft, deshalb sehr ausgiebig und im Gebrauch die billigste!

23. März 1926

Junge, fröhliche und
christliche Frau
(Waldbesitzerin), die
gerne jede Arbeit in
Haus od. Feld vor-
nimmt, sucht Stellung

Dr. ev. Raben, nach
ausen, 1. St., 4. Kette
mitten ab 15. 4. 2.
Gute Jan. v. M.
Rudolf, Gohm
Domicilstraße 24.
1. u. v. v. v. v. v. v. v.
jub. fucht 2. 1. 1. 1.
für halbe od. 4. 2.
im Parken. Zug.
R. 1784 an die 3.
D., Reutemweg 57.
3a. Mädchen
ev. 24 Jahre, fucht
zum 1. 3. Ende
voll, Dame zur
Aufs. in Rade u.
David, Ram. v. v.

anges. Unt. E. 20
auf die Geicht. 5
Kauf. Frau emp. K
außer d. Gaule 1
Knt. v. d. Konf. 1
Lindau, u. Widen
Kaged. n. B 1817
Gst. P. Kreners 5
Tuche für m. Leg
18 3. alt. zum 15.
26 Stellung aus
Alleinmädch
in dural. Haus
Gute Zeug. 284
In erf. Vater 284
Kauf. Gd. der Gf
Nachstrafe 9.
Hiel. Wädden zur
Wärz. n. Wra.

Superl. Frau
i. Stelle s. Botsch.
u. Tuchen, and in
Kuch. Ad. H. H.
Botsch. Ad. H. H.

Berliner

Vertreter:
Herrn Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.

Grienerj.

Herrn Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.
Dr. med. h. c. h. v.

Streiter (In)
 bei außergewöhnlich
 reichhaltiger Aus-
 lagen gef. Angeb.
 379 an Rub-
 gatt.

- Zeisern
n, Saakharren
eh farren
sonitige
ortgeräte
a, qui und drüg
ergerüstbau un
ustrie G.m.b.H.
Telephon 422

lerie
Westfeld
erfeld
ersgasse 4
verbungen
n erster Meister

er-Ausstellung
/upper
und Graphik /